GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Fürsorglichkeit und Autonomie : Soziale Praxis von Frauen und der Kitt demokratischer Gesellschaften ; Symposion an der Universität Gesamthochschule Kassel, 6.–7. November 1998

Kontos, Silvia; Puhl, Katharina

1999

https://doi.org/10.25595/735

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kontos, Silvia; Puhl, Katharina: *Fürsorglichkeit und Autonomie : Soziale Praxis von Frauen und der Kitt demokratischer Gesellschaften ; Symposion an der Universität Gesamthochschule Kassel, 6.–7. November 1998*, in: Feministische Studien : Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Jg. 17 (1999) Nr: 1, 117-123. DOI: https://doi.org/10.25595/735.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Walter de Gruyter Verlag.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.1515/fs-1999-0116

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

sei und bewertete die Emanzipation durch den Krieg als Mythos.

Der Schwerpunkt der anschließenden Diskussion lag auf der kulturellen Konstruktion von Mütterlichkeit als weiblicher Aufgabe, wie sie sich in der Zeit vor der Revolution entwickelte und in der Sowjetunion bis hin zu einem regelrechten Mutterkult führte. Es wurde darauf hingewiesen, daß es sich um eine ideologische Aufwertung alltäglicher und unbezahlter Frauenarbeit im Reproduktionsbereich handelte. Eine grundlegende Neuordnung der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern wurde verhindert, so daß die Konkurrenz von Frauen im Produktionsbereich keine tatsächliche Gefahr darstellte.

Die Abschlußdiskussion der Veranstaltung ging von der Frage aus, an welchem Punkt die historische Frauen- und Geschlechterforschung im östlichen und im westlichen Europa stehe. Die Teilnehmerinnen wiesen darauf hin, daß in vielen Bereichen ein ähnlich gelagertes Erkenntnisinteresse besteht. Neben der Methodendiskussion wurden die Themen Tradition und Modernisierung, Arbeit, Bildung, Körperlichkeit und Emanzipation genannt, die besonders im Hinblick auf Grenzüberschreitungen und die Konstruktion von Subjektivität und Identität genauer zu untersuchen wären. Aus der Diskussion des Begriffes Emanzipation ergab sich, daß dieser zu stark auf die Zielvorstellung bürgerlicher Demokratisierungsideale ausgerichtet sei. Neben der Untersuchung der politisch orientierten Frauenbewegung fehle der Blick auf die pragmatische Lebensgestaltung von Individuen und Kollektiven, die sich nicht unbedingt anhand des gängigen Emanzipationsbegriffes analysieren lasse, da die politische Partizipation im bürgerlichen Sinne nicht als Motivation vorausgesetzt werden könne. Eine Neudefinition des Politischen, wie sie die Frauenforschung seit langem fordere, müsse das Leben von Frauen in größerem Maße konzeptionell einbeziehen.

Silvia Kontos, Katharina Pühl

Fürsorglichkeit und Autonomie. Soziale Praxis von Frauen und der Kitt demokratischer Gesellschaften

Symposion an der Universität Gesamthochschule Kassel, 6.-7. November 1998 *

Der Auftakt zur rot-grünen Reorganisation des bundesdeutschen Sozialstaats mit seinem Hin und Her bei Steuerreform und 630-DM-Jobs und dem überaus zaghaften Vorgehen beim Ehegattensplitting wirkte nicht nur hastig, sondern hinterließ unter frauenpolitischen Gesichtspunkten einen Eindruck von Unsicherheit und Konzeptionslosigkeit. Es steht zu befürchten, daß der rot-grüne Umbau des Sozialstaats nicht nur einseitig auf eine Senkung der Lohnnebenkosten zielt, daß sich der Spielraum für Umverteilungen im Sinne der Erwerbstätigen weiter verengt, sondern sich auch weitgehend auf Arbeitsmarktpolitik beschränkt und die Frage nicht-marktförmiger gesellschaftlicher Arbeit auf eine pathetische Werbekampagne für Bürgersinn und eine dezente Modernisierung ehrenamtlicher Arbeit einengt.

Damit wird unterderhand die Geschlechterdimension der Sozialstaatsthematik in den Hintergrund gedrängt. Sie ›zerbröselt‹ zwischen dem Druck der krisenhaften Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und der zwanghaften Suche nach den Kohäsionskräften der Zivilgesellschaft.

Nun verdankt sich diese sozialpolitische Leerstelle nicht zuletzt einer Schwäche der Frauenbewegung/Frauen-

forschung, der es trotz vieler kluger Analysen und einer Fülle von Praxisansätzen bis heute nicht gelungen ist, ein handhabbares politisches Programm für einen feministischen Umbau des Sozialstaats zu entwickeln. Schwierigkeiten ergeben sich dabei aus drei Richtungen: Zum einen ist die Orientierung am männlichen Lohnarbeiter so tief in den Strukturen des bundesdeutschen Sozialstaats verankert, daß eine wirkliche Neu-Justierung aus der Sicht von Frauen und ihrer Versorgungs- und Pflegetätigkeiten dramatische Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme haben würde. Für einen solchen Umbau scheinen überdies die Durchsetzungschancen in einer Situation nicht eben günstig, in der der deutsche Sozialstaat unter dem massiven Modernisierungsdruck des Kapitals steht. Abstiegs- und Verlustängste sind schlechte Ratgeber für politische Gestaltungsaufgaben, die im Geschlechterverhältnis eine radikale Selbstveränderungsbereitschaft der Beteiligten voraussetzen.

Und schließlich sind die Kategorien, mit der Frauenbewegung und Frauenforschung ihre Kritik an der Einrichtung des Sozialstaats formulieren, nach wie vor diffus, zumindest dann, wenn sie versuchen, den Beitrag der Frauen zur Reproduktion spätkapitalistischer Gesellschaften in Begriffen zu fassen, die über die Erwerbsarbeit hinaus – und auch in einem erweiterten Arbeitsbegriff, der die Reproduktionsarbeit miteinbezieht, nicht aufgehen.

Nachdem Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre versucht worden war, diese Dimension im Paradigma der gesellschaftlichen ›Arbeitsteilung‹ zu formulieren, hatte die Theorie der Geschlechterdifferenz sie in den achtziger Jahren von der Kategorie gesellschaftlicher Arbeit gelöst und zur Perspektive einer grundsätzlichen Differenz verallgemeinert, nur um in den neunziger Jahren mit Verve wieder dekonstruiert zu werden. Das Problem, für die vielfältigen Versorgungsleistungen von Frauen einen theoretischen Ausdruck zu finden und aus ihm politische Forderungen für einen Umbau von Gesellschaft und (Sozial-) Staat zu entwickeln, bleibt allerdings bestehen und ist mit der zweifellos produktiven Kritik der Dekonstruktivistinnen auch noch keineswegs gelöst.

In dieser Situation scheint es dringlich geboten, Begriffe wie ›care‹ oder Fürsorge/Fürsorglichkeit genauer unter die Lupe zu nehmen. Mit ihrem breiten Bedeutungshorizont sind sie einerseits gegenüber allgemeinen gesellschaftstheoretischen Fragen nach den sozialen Voraussetzungen der Arbeitsgesellschaft und ihrer geschlechtsspezifischen Polarisierung von Autonomie und Abhängigkeit offen. Andererseits bleiben sie für eine Problematisierung gesellschaftlicher Arbeit im Kontext des Geschlechterverhältnisses anschlußfähig, und schließlich kommt in ihnen noch eine spezifisch deutsche Sozialstaatstradition obrigkeitsstaatlicher Fürsorge zur Sprache.

Das Kasseler Symposion umkreiste diese Begriffe und thematisierte sie aus so unterschiedlichen Perspektiven und Praxisbezügen, daß es am Ende schwer wurde, sie wirklich präziser zu fassen als am Anfang. Aber es wurden zumindest Dimensionen der fürsorglichen Praxis von Frauen jenseits der Dichotomie von Vertrag und administrierter Wohltätigkeit einerseits und privater Zuwendung andererseits sichtbar, die es ermöglichen sollten, eine Klärung voranzubringen.

Um über die spezifisch deutsche Konnotation der fürsorglichen Kontrolle hinauszukommen, blieb das Symposion letztlich bei dem englischen Wort ›care‹, das in seiner Bedeutungsvielfalt neben der Sorge für andere auch Sorgfalt, Obhut, Pflege und Anteilnahme umfaßt. Die sich disziplinär breit erstreckenden Beiträge des Symposions legten dies nahe: von Demokratietheorie (Joan Tronto, City University of New York) über Soziologie (Kari Waerness, University of Bergen), Entwicklungshilfe (Anna Spittler, GTZ Eschborn), Industriesoziologie (Eva

Senghaas-Knobloch, Universität Bremen), Psychoanalyse (Martin Teising, Fachhochschule Frankfurt/M.), Pflegewissenschaften (Sabine Bartholomeyzcik, Fachhochschule Frankfurt/M.) bis hin zur ethnologischen Beschreibung der Arbeit in einem Geburtshaus (Christine Mansfeld, Bremen). Die Absicht der Veranstalterinnen war es, praktische und theoretische Perspektiven miteinander zu konfrontieren: den Begriff ›care‹ von der vielfältigen Praxis des ›caring‹ her zu entfalten. Christel Eckart konstatierte, daß noch immer eine starke Spaltung zwischen öffentlich thematisierbaren Erfahrungen und den vermeintlich so privaten Betroffenheiten und Bedürfnissen nach Zuwendung, Anteilnahme, Bindung bestehe. Insofern nahm die Tagung ein klassisches feministisches Thema auf, nämlich die Kritik am männlichen, vermeintlich autonomen und rationalen Subjekt, das zu seiner Reproduktion zwar auf die fürsorgliche Praxis anderer, in erster Linie von Frauen, angewiesen ist, diese Abhängigkeit aber politisch und gesellschaftstheoretisch leugnet und in den privaten Bereich der Liebe und des allgemein Menschlichen ›exkommuniziert‹.

Dieser Sprachverlust der Sorge füreinander durch ihre Ausgrenzung aus dem öffentlichen Diskurs sollte nach den Vorstellungen der Veranstalterinnen auf diesem Symposion ein Stück weit rückgängig gemacht werden, ein schwieriges Unterfangen: »Es ist offenbar so viel leichter, den Verlust von Bindungen in den viel beschworenen Prozessen der Arbeitsmarkt-Individualisierung zu beschreiben – oder mit einer anderen Emphase – den Gewinn an Autonomie, wenn fesselnde Bindungen endlich abgestreift sind – leichter als Erfahrungen und Wünsche nach Anerkennung wechselseitiger Abhängigkeit auszudrücken und daraus auch noch Anforderungen und Kriterien für eine politische Gestaltung der Gesellschaft zu formulieren« (Eckart).

Auf einer sehr allgemeinen Ebene definierte Joan Tronto in ihrem Auftaktvortrag vier Grundwerte, die sie für eine »care«-orientierte demokratietheoretische Perspektive für notwendig erachtet: Pluralität, Kommunikation, Respekt und Vertrauen. Sie betonte die Simultaneität sowohl von »care giving« als auch von »care receiving« und versuchte, »care« als eine Grundorientierung bzw. ein Bündel grundlegender Praktiken demokratischer Gesellschaften zu definieren: Darunter falle alles, was wir tun, um unsere Welt zu erhalten, fortzuentwickeln und zu reparieren, so daß wir in ihr so gut wie möglich leben können. Diese Welt, ein komplexes lebenserhaltendes Netz, umfaßt unsere Körper, das Selbst, die Umwelt. Diese Definition bildet die Grundlage von Trontos demokratietheoretischen Überlegungen, die auch die Fürsorge für entfernte Andere (distant others) umfaßt. Nicht zu verwechseln mit eher liberalen Konzepten, wird Demokratie bei Tronto vielmehr selbst zu einer Praxis von »care«, von der aus wir über die Möglichkeiten besserer demokratischer Inklusion nachdenken könnten. Tronto unterscheidet vier Arten der Praxis von »care«: sich um jemanden kümmern; auf jemanden aufpassen, »care« geben; »care« empfangen. Diese Praxen erfordern Aufmerksamkeit, Verantwortlichkeit (auch für sich selbst!) sowie unterschiedliche Arten von Kompetenzen und verbindliche Rückmeldungen über den Erfolg oder Mißerfolg von »care« bei *allen* Beteiligten. »Care« wird damit von einer vermeintlich individuellen zu einer kollektiven Praxis, in der alle simultan sowohl Versorgende als auch Versorgte sind oder sein können.

Die Frage bleibt, ob sich nicht durch die Ausweitung des care-Konzepts zu einer allgemein fürsorglichen Haltung der Welt gegenüber der Begriff dermaßen verdünnt, daß er analytisch nicht mehr sehr viel hergibt. Ein ähnliches Problem ergibt sich möglicherweise für Trontos Versuch, ›care‹ in ein erweitertes Konzept von ›Demokratie‹ zu integrie-

ren. Denn eine politische Organisationsform, die sich wie die Demokratie gerade über die Ausgrenzung der Zuwendung zum Besonderen und Privaten konstituiert hat und sich schon überaus schwer tut, rechtsförmige soziale Teilhaberechte dauerhaft zu garantieren, ist möglicherweise nicht mehr in der Lage, auch noch jenseits von Interessen, Konflikten und Rechten die wechselseitige Abhängigkeit und Verbundenheit der Subjekte einschließlich der mit ihnen verknüpften Gefühle von Sehnsucht, Nähe und Ängsten zur Geltung zu bringen.

Gegen eine solche Überdehnung tradierter Konzepte und Praxen wären das Augenmerk und die begrifflichen Anstrengungen vielleicht eher auf einen neu entstehenden intermediären Bereich zu richten, der die Vermittlung von individueller Bedürftigkeit, Affektivität und Subjektivität mit verallgemeinerbaren Interessen, Rechten und Solidaritäten übernimmt. Genau hier wäre dann auch der Ort für die Thematisierung von ›care‹ als fürsorglicher Praxis, die sich sowohl gegenüber den individuellen Handlungsvollzügen wie gegenüber der formalen Rationalität rechtlicher, bürokratischer und ökonomischer Handlungszusammenhänge theoretisch offen hält. Kern einer solchen Debatte wären die komplexen Transformationsprozesse, in denen Bedürftigkeiten, Abhängigkeiten und Fürsorglichkeit in Solidarität und Gerechtigkeit ›übersetzt‹ werden und umgekehrt, außerdem die Interdependenzen zwischen den Bereichen. Ziel wäre es nicht, sie ineinander aufgehen zu lassen. Auf die Interdependenzen haben vor allem die Referate von Christel Eckart und Joan Tronto verwiesen. Aber auch der Forschungsbericht von Eva Senghaas-Knobloch über die Verknüpfung von Fairness und Fürsorge im Betrieb und in der Familie machte deutlich, daß unterscheidbare soziale Orte und die ihnen zugeordneten Praxisformen und Erlebnisweisen aufeinander bezogen sind und daß sich dieser wechselseitige Bezug mit den neuen Arbeitsformen und Management-Konzepten und ihrer Stärkung horizontaler Kooperation zwischen den Beschäftigten noch verstärkt.

Auch Martin Teisings Referat über die Angst der Männer vor der (Un-)Abhängigkeit zeigte auf, wie sich die in der psychischen Struktur verankerte Angst vor Hilflosigkeit und Abhängigkeit im Umgang mit der Pflegebedürftigkeit im hohen Alter reproduziert und zu den um ein Vielfaches höheren Selbstmordraten von Männern in diesem Lebensabschnitt beiträgt. Auch für den von Tronto und Kari Waerness gleichermaßen angesprochenen Zusammenhang von Care giving und Care receiving konnte Teising im Rahmen seines bindungstheoretischen Modells psychische Voraussetzungen benennen. Je mehr Bindungssicherheit und Unterstützung im Loslösungsprozeß erfahren und als innerpsychisches »Arbeitsmodell« entwickelt werden können, desto größer ist im späteren Leben die Kompetenz im Umgang mit der eigenen Pflegebedürftigkeit sowie der anderer.

Stärker auf die notwendigen Transformationsprozesse einer fürsorglichen Praxis zielten die Referate von Birgit Jansen und Sabine Bartholomeyczik, die die Problematik der Pflege alter und kranker Menschen von unterschiedlichen gesellschaftlichen Orten her entwickelten.

Aus der Sicht pflegender Angehöriger, zu 84% Frauen, stehen bei der häuslichen Pflege, im Gegensatz zur professionellen Pflege, nicht die Arbeit, ihre Belastung und ihre effektive Organisation in ›Zeitkorridoren‹ im Vordergrund, sondern die Beziehung zum pflegebedürftigen Menschen (»Ich kümmere mich um Mutter«). Diese verschiedenen Logiken werden jedoch nicht integriert, sondern eher polarisiert und prallen im ›Wohlfahrtsmix‹ (Evers) der Pflegesituation zu Lasten aller Beteiligten unvermittelt aufeinander. Noch immer sind die pflegenden Töchter das ›unbenannte Fundament für die Planung und Gestal-

tung des professionellen Systems gesundheitlicher Versorgung‹ (Jansen).

Auch in der Entwicklung der professionalisierten Krankenpflege läßt sich diese Polarisierungsdynamik nachvollziehen, wie Bartolomeyczik ausführte. Nachdem die Verwissenschaftlichung der Medizin in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bereits die Subjektivität der Kranken, ihre spezifischen Bedürfnisse, ihre Körperwahrnehmung und ihre eigene Deutung des Krankheitsgeschehens in die Pflege abgedrängt und die Krankenpflegerinnen auf die Vor-, Zu- und Nacharbeiten für die Ärzte verwiesen hatte, differenzierten sich aus der Pflege im 20. Jahrhundert mit der zunehmenden Komplexität der Gesundheitsversorgung wiederum therapeutische Spezialdisziplinen sowie Spezialpflegeberufe aus, die die sog. ›Grundpflege‹ zu einer Restkategorie werden ließen, die als Zulieferer und Lückenbüßer fungiert und nur dann eigenständige Bedeutung erhält, wenn die Kranken als ›austherapierte‹ Pflegefälle in den Schattenbereich des Medizinsystems abgeschoben werden. Die schubweise Polarisierung von Behandlung und Pflege im Zuge der Professionalisierung des Medizinsystems mit ihren negativen Folgen für die PatientInnen und der systematischen Entwertung der Krankenpflege als Frauenberuf läßt sich nach Bartholomeyczik nur rückgängig machen, wenn es den Pflegeberufen gelingt, einen eigenen Professionalisierungsweg zu verfolgen, der wissenschaftliche Kenntnisse mit der Fähigkeit und Bereitschaft zur »Hermeneutik, dem Verstehen des Falles aus der Sicht des Falles selbst« verbindet.

Aus einer völlig anderen Perspektive, die deutlich machte, wie weit der Rahmen fürsorglicher Praxis gespannt ist und wie schwierig es damit wird, einen gemeinsamen Nenner für ›care‹ zu formulieren, berichteten E. A. Spittler und K. Freitag über frauenorientierte Entwicklungsarbeit bei der GTZ anhand eines Projektes, das versucht, Rechts- und sozialpolitische Beratung für Frauen mit fürsorglichem Handeln zu verbinden, also Recht und ›care‹ nicht als Gegensätze zu begreifen. Es wurden aber auch die Widerstände deutlich, die einem solchen Ansatz im Rahmen einer Entwicklungspolitik entgegenstehen, die Frauen nach wie vor überwiegend als Abhängige und Hilfsbedürftige begreift und statt ›Entwicklung‹ mehr und mehr Not- und Katastrophenhilfe betreibt. Vor allem die unvermeidlichen kulturellen Bornierungen und Barrieren in der Entwicklungshilfearbeit machen deutlich, daß es hier um Fürsorge von Fremden für Fremde geht. Das verweist nicht nur auf die kulturelle und soziale Verankerung von ›care‹ in den Mittelschichten des Westens, sondern zugleich auf die strukturellen Grenzen fürsorglichen Handelns an den Grenzen des Verstehens. »Empathie hebt Fremdheit nicht auf.« (Spittler)

Die anspruchsvollen hermeneutischen Voraussetzungen fürsorglicher Praxis wurden in einem weiteren Beitrag ganz unmittelbar erfahrbar, nämlich in der ethnomethodologisch angelegten Beschreibung einer Geburt im Geburtshaus durch Christine Mansfeld.

An der detaillierten Schilderung der fürsorglichen Arbeit der Hebamme wurden die Grenzen eines solchen Verfahrens im Rahmen eines öffentlichen Symposions spürbar. Die ›dichte Beschreibung‹ (Mansfeld) der Tätigkeit einer Hebamme im Rahmen einer alternativen Geburtsform, die die Autonomie der Gebärenden wahren, aber auch Themen wie Angst und Tod integrieren will, und in der sich die Hebamme als Begleiterin in einer desintegrativen Situation versteht, löste bei den zuhörenden Frauen im Saal, zumal bei denen, die eigene Geburtserfahrungen hatten, zunehmende Unruhe und eine körperlich erfahrbare Spannung aus, die in der nachfolgenden Diskussion nur in Ausschnitten zur Sprache kommen konnten. Dabei bezog sich diese Unruhe u. E. weniger auf die Erläuterun-

gen der Konzeption des Geburtshauses und auch nicht auf die Interpretation der Tätigkeit der Hebamme als ›fürsorgliche Praxis‹, sondern eher auf die eindringlich-emphatische Darstellungsweise, die es einerseits schwer machte, Distanz zu der Erzählung zu wahren, es im gegebenen Setting aber auch unmöglich machte, Einsprüche, Widersprüche und kontrastierende Erfahrungen und Sichtweisen zum Ausdruck zu bringen.

Hier wurden Probleme sichtbar, auf die die Auseinandersetzung mit fürsorglichen Praktiken auch in anderem Zusammenhang stieß. Leicht besteht die Gefahr einer Vereinseitigung und Positivierung fürsorglichen Handelns, die dazu verführen kann, das Ausgegrenzte und Verleugnete bereits zum zentralen Bestandteil eines gesellschaftlichen Gegenentwurfs auszurufen.

In den Diskussionen wurde versucht, die Ambivalenzen des ›care‹-Konzepts und seine Kontextabhängigkeit näher zu bestimmen, und zwar in drei Richtungen, die an bereits bestehende Diskussionenszusammenhänge anschließen:

1. Näher thematisiert werden muß die Einbettung fürsorglichen Handelns in ökonomische Zusammenhänge, wie sie aktuell an der Kommerzialisierung ehemals privater Dienstleistungen etwa durch die Pflegeversicherung zu beobachten ist, die die fürsorgliche Praxis tiefgreifend verändert.
2. In eine ähnliche Richtung gingen Fragen nach den Auswirkungen von Professionalisierungsprozessen, deren ambivalente Folgen sich gut an der Entwicklung der ›helfenden Berufe‹ nachvollziehen lassen.
3. Und schließlich erhob sich die Frage nach der Machtstruktur innerhalb einer fürsorglichen Praxis. Natürlich geht Fürsorge darin nicht auf, und der Begriff ›care‹ versucht ja gerade, eine strukturelle Asymmetrie jenseits von Macht zu denken, dennoch bleibt Fürsorglichkeit in Machtverhältnisse eingebunden, nicht zuletzt in die des Geschlechterverhältnisses, und muß im Rahmen dieser Widersprüche diskutiert werden. U.E. eignet sich der Begriff der Fürsorglichkeit sogar besonders gut dazu, einen Begriff weiblicher Macht zu formulieren, der aus der Alltagspraxis von Frauen entwickelt wird und nicht nur immer wieder die Ausgrenzung von Frauen aus den formellen Machtstrukturen patriarchaler Gesellschaften beklagt. Mit einer solchen Integration des Blicks auf Fürsorglichkeit als Machtverhältnis ist keineswegs gemeint, sie in den klassischen Herrschaftverhältnissen bürgerlicher Gesellschaft aufgehen zu lassen; sie enthält in der Tat widerständige Elemente nicht-hierarchischer Asymmetrien, aber sie macht die Debatte über ›care‹ nicht nur empirisch gehaltvoller, sondern auch fruchtbar für eine feministische Gesellschaftskritik, die ohne einen Begriff weiblicher Macht gewissermaßen ›in der Luft‹ hängt.

Als Fazit läßt sich festhalten, daß die Diskussion um ›care‹ unbedingt weitergeführt werden sollte, weil er einer der wenigen Begriffe in der feministischen Theoriedebatte ist, der von zentralen Bereichen einer – meist verdeckten – weiblichen Praxis ausgeht. Unter diesem Gesichtspunkt ließe sich die Diskussion an wenigstens drei Punkten vertiefen:

1. ist es wünschenswert, das Verständnis von ›care‹ durch genauere Analysen in verschiedenen Bereichen fürsorglicher Praxen zu präzisieren – unter der Maßgabe, daß ›care‹ weniger eine allgemeine Haltung oder lediglich eine moralische Orientierung ist, sondern eine aus konkreten Arbeitszusammenhängen entwickelte Praxis.
2. Lassen es die gegenwärtigen Versuche zur Funktionalisierung fürsorglicher Praxis für die Lösung der Krise der Arbeitsgesellschaft dringlich erschei-

nen, die feministischen Interventionen in die aktuelle Diskussion über den Umbau des Sozialstaates zu forcieren. Es geht nicht nur um die Verhinderung der Armut von Frauen, sondern auch um das Geltendmachen ihres »Reichtums«.

3. Dies führt auf den gesellschaftstheoretischen Kontext von »care«, der u. E. den Rahmen demokratietheoretischer Überlegungen deutlich überschreitet. ›care‹-Praktiken sind zentraler Bestandteil sozialer Praxis, die im Politischen nicht aufgeht, auch wenn der Bereich des Politischen sehr weit gefaßt ist und bspw. auch die Konstruktion von Weiblichkeit und Männlichkeit umfaßt.

Anmerkung

*Veranstalterinnen: Prof. Dr. Christel Eckart (Soziologie/Frauenforschung), Dr. Birgit Jansen (Soziale Gerontologie), Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Frauenforschung der Universität Gesamthochschule Kassel sowie Mechtild M. Jansen, Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden.

Claudia Neusüß

Das Feministische Institut in der Heinrich Böll Stiftung

Diese »Tochter der Reform« der grünnahen Heinrich Böll Stiftung hat 1998 ihre Arbeit aufgenommen. Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Feministischen Instituts steht die Frage nach der politischen Partizipation von Frauen. Dazu gehört sowohl das Nachdenken über die Reichweite und Wirkungsweise von politisch relevanten Tomatenwürfen – wie im Rahmen der Auftaktveranstaltung: »Wie weit flog die Tomate? – 30 Jahre neue deutsche Frauenbewegung« als auch die Entwicklung »zeitgemäßer« politischer Strategien. Das Feministische Institut ist neben dem Querschnittsreferat ›Geschlechterdemokratie‹ das zweite bedeutsame Standbein in einem Konzept von Geschlechterdemokratie als Gemeinschaftsaufgabe, welches sich die Heinrich Böll Stiftung als Leitbild gesetzt hat. Geschlechterdemokratie als Gemeinschaftsaufgabe ist in der Satzung verankert. Verbunden ist damit das Ziel, die Heinrich Böll Stiftung als eine Organisation zu entwickeln, in der die Bedeutung von Geschlechterverhältnissen selbstverständlich und frühzeitig berücksichtigt und konzeptualisiert wird, etwa bei der Strategie- und Programmplanung. Dabei geht das Konzept davon aus, daß sich beide Geschlechter in Bewegung setzen müssen, um Geschlechterverhältnisse egalitär zu gestalten. Damit ist die Vorstellung verbunden, daß Geschlechterdemokratie neue Impulse in Richtung Breitenwirkung und Agenda-Setting liefern wird. Ein Schwerpunkt liegt auf den Transferprozessen zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Praxis. Das Feministische Institut hat in diesem Konzept klare »advo-